

Ludwig Windthorst gilt als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Seine Popularität, der er sich im katholischen Bevölkerungsteil über seinen Tod hinaus erfreute, resultierte vor allem aus seinem unerschrockenen Auftreten und unermüdlichen Einsatz für die Rechte der Kirche und für die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten während des Kulturkampfes; dies machte ihn zum »gefährlichsten innenpolitischen Gegner Bismarcks« (Walther Bußmann), aber auch zur bedeutendsten politischen Führungspersönlichkeit des katholischen Bevölkerungsteils Deutschlands und zu einem »Wegbereiter des demokratischen Rechtsstaates« (Waldemar Röhrbein).

Windthorst wurde am 17. Januar 1812 in Ostercappeln bei Osnabrück geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Heidelberg ließ er sich 1836 in Osnabrück als Rechtsanwalt nieder. Unter dem letzten hannoverschen König, Georg V., wurde er zweimal zum Justizminister ernannt (1851-1853; 1862-1865), womit zum ersten Mal ein Katholik im Königreich Hannover in ein Ministeramt gelangte. In dieser Funktion verfolgte er einen moderaten Reformkurs im Zeichen eines gemäßigten Konstitutionalismus. Wenn Windthorst während seiner langjährigen späteren politischen Tätigkeit vorbehaltlos für die Respektierung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und für den Grundsatz staatsbürgerlicher Parität der Angehörigen aller Bekenntnisse eintrat, so lagen diesem Einsatz Erfahrungen aus dem Königreich Hannover zugrunde, wo die Katholiken als konfessionelle Minderheit in einem protestantisch bestimmten Staat im öffentlichen Leben lange Zeit benachteiligt waren.

Die Einverleibung des Königreiches Hannover durch Preußen im Zuge des Deutschen Krieges von 1866 erlebte Windthorst als Kronoberanwalt in Celle. Aus rechtlichen Gründen lehnte er diese Annexion ab und beteiligte sich aktiv an der Formierung einer Oppositionsbewegung gegen die preußische Regierung. Dennoch bewahrte ihn sein Realitätssinn davor, an eine Wiederherstellung der Selbstständigkeit Hannovers zu glauben; er erkannte die durch die Ereignisse des Jahres 1866 geschaffenen politischen Zustände, neben der Annexion die Auflösung des Deutschen Bundes und die Gründung des Norddeutschen Bundes als Vorform des kleindeutschen Reiches, an und hielt sich aufgrund eines ausgeprägten christlichen Verantwortungsgefühls für verpflichtet, an deren weiterer Ausgestaltung mitzuwirken. 1867 ließ er sich für den emsländischen Wahlkreis in den Reichstag und für den Wahlkreis Meppen in das preußische Abgeordnetenhaus wählen. Beide Mandate fielen ihm in der Folgezeit bis zu seinem Tod regelmäßig mit überwältigenden Mehrheiten bei den Wahlen zu.





Ludwig Windthorst (1812-1891)

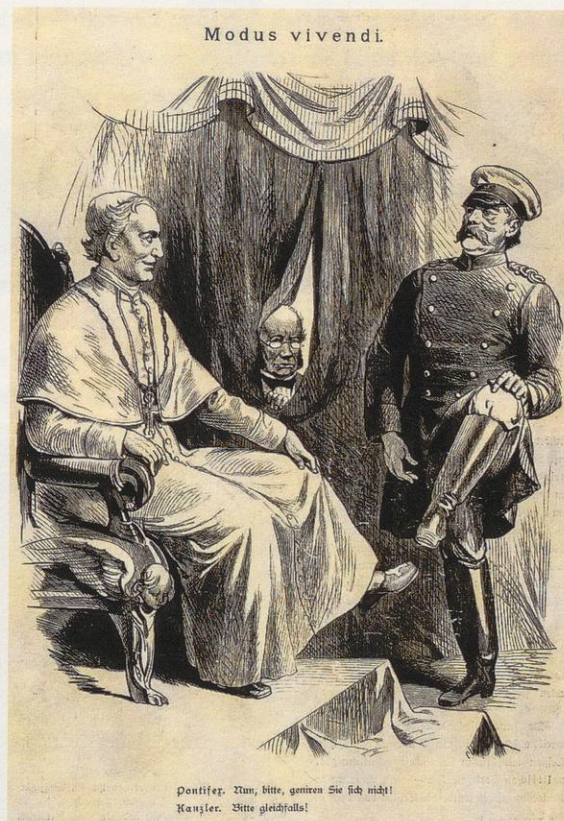


In den politischen Auseinandersetzungen war Windthorst immer dort zu finden, wo es um die Sicherung staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit, den Ausbau des Föderalismus und die Zurückdrängung staatlicher Machtansprüche ging. Dabei fand er entscheidenden parlamentarischen Rückhalt an der Zentrumspartei, die sich 1870/71 im Zuge der Reichsgründung gebildet hatte. Seit Mitte der 1870er-Jahre nahm Windthorst in ihr eine allseits anerkannte Führungsposition ein. Seine Versuche, der Partei, die sich lediglich auf katholische Wähler stützen konnte, einen überkonfessionellen Charakter zu verleihen, um ihre parlamentarische Position zu stärken, aber auch um Katholiken und Protestanten im Kampf für rechtsstaatliche Ziele zu vereinen, scheiterten an den ausgeprägten konfessionellen Gegensätzen der damaligen Zeit. Durch kluges parlamentarisches Taktieren gelang es ihm, das Zentrum vor einer prinzipiell oppositionellen Haltung zu bewahren und die Regierung zeitweise in Abhängigkeit von der Partei zu bringen. Windthorsts Hauptverdienste lagen vor allem in der Schärfung des Rechtsbewusstseins, das ihn zur Ablehnung des Sozialistengesetzes, der antipolnischen Maßnahmen der preußischen Regierung und der ersten Zeichen eines politischen Antisemitismus führte, in der Stärkung des Parlamentes gegenüber der Exekutive, vor allem durch die kontinuierliche Forderung nach Diskussion aller wesentlichen politischen Entscheidungen in den parlamentarischen Gremien, aber auch in der Sicherung der Unabhängigkeit der Zentrumspartei; diese war durch verschiedene Einwirkungsversuche kurialer Stellen gefährdet, die die Partei als ausführendes Organ vatikanischer Vorstellungen ansahen. In seiner Unterscheidung zwischen kirchlich-religiösen Materien, in denen er und die Partei die Entscheidungskompetenz der Hierarchie anerkannten, und rein politischen Gegenständen, die zu entscheiden in der Eigenverantwortung der Laien lagen, wies er die kirchliche Gewalt auf ihre Grenzen im politischen Bereich hin. Zu diesem Prinzip der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit der Laien hat sich in der Katholischen Kirche erst das Zweite Vatikanische Konzil mit aller Deutlichkeit bekannt. Windthorst begründete eine Tradition, der sich herausragende christlich-demokratische Politiker der folgenden Generationen, wie Matthias Erzberger, Heinrich Brüning und Konrad Adenauer, verpflichtet fühlten.

Windthorst starb am 14. März 1891 und wurde in der Marienkirche in Hannover beigesetzt, deren Bau im Wesentlichen durch eine von ihm initiierte Spendenaktion finanziert worden war.

Hans-Georg Aschoff





Karikatur aus dem »Kladderadatsch«, 1878